

Jour fixe vom 11.10.2021 – Der Abzug „des Westens“ aus Afghanistan

Was wollten die USA dort, warum ziehen sie jetzt ab und was ist damit alles in der Welt? Wie sind die westlichen Verbündeten davon betroffen und wie beziehen sie sich darauf? (Vorliegendes Material: SPIEGEL-Interview mit Maas, Nr. 34/21.08.2021; Rede von Biden am 17.08.2021; sowie GS 1-02 und 2-12)

Biden setzte den unter Trump gefassten Beschluss des Truppenabzugs aus Afghanistan um. Dabei ließ er sich von den schnellen Erfolgen der Taliban nicht beirren. Wie begründet er das und was setzt er in Bezug auf die bisherige Politik der USA damit auf die Tagesordnung?

— *Die Stellungnahmen der amerikanischen Präsidenten Bush junior bis Obama zeigen einiges an Übereinstimmung mit dem, was Biden jetzt in seiner Rede erklärt. Biden sagt, es sei schon immer das Ziel der USA gewesen, in Afghanistan Al Kaida und Osama Bin Laden als Terroristen zu bekämpfen. Dieses Programm sei längst erreicht. Um „nation building“ dagegen, d. h. die Installierung einer Herrschaft, die sich eigenen Zwecken verpflichtet sieht, wäre es nie gegangen. Seither hat sich allerdings einiges geändert.*

— *Für Biden war es rückblickend ein Fehler, dieses Land durch amerikanische Militäreinsätze neu gestalten zu wollen. Er erklärt, dass die Marionettenregierung vor Ort, ebenso wie der Kampf der amerikanischen Soldaten gegen die Taliban, für die Terrorbekämpfung in Afghanistan überflüssig seien: „no boots on the ground“. Das heißt nicht, dass er antiamerikanische Umtriebe auf der Welt in Zukunft gewähren lässt. Die müssten aber nicht im Kampf vor Ort vollständig ausgerottet werden, sondern könnten auf anderen Wegen mit überlegener Militärmacht unter Kontrolle gehalten werden.*

Biden hebt in seiner Rede hervor, dass es in Afghanistan um Antiterrorismus geht und zwar schon immer. Diese *eine Seite* der Stellung der Vorgängerregierungen hebt er hervor und erteilt der anderen Seite eine Absage. Unter Bush gehörten Antiterrorkampf und „nation building“ einschließlich Demokratieexport schließlich zusammen. Dem erteilt Biden eine Absage in der Form, als wäre das noch nie die Absicht gewesen.

— *Mit der Bush-Politik war ein Widerspruch verbunden. Die USA hatten 140 000 Soldaten vor Ort und investierten 5 Billionen Dollar. Sie verhandelten mit Stammesfürsten und Clans in Afghanistan und installierten eine Zentralregierung, der sie die Aufgabe erteilten, im Sinne der USA die Terrorbekämpfung vorwärts zu bringen. Das ist der Widerspruch, der auch virulent wurde, dass eine Besatzungsmacht mit überlegener Macht einer (afghanischen) Regierung eine Staatsräson aufnötigt, die darin besteht, den Interessen der Besatzungsmacht gerecht zu werden.*

Da ist man schon bei dem, was das für die afghanische Regierung heißt. Der Widerspruch resultiert ja aus dem Ausgangspunkt des Krieges in Afghanistan: Anlässlich 9/11 wurde die Welt mit der *Ansage* der USA konfrontiert, dass es antiamerikanische Umtriebe, die zu solchen Anschlägen fähig sind, überhaupt nicht geben darf, die müssen daher weltweit bekämpft werden. Aus der Haltung heraus wird gegen Afghanistan ein Krieg geführt: weil es Terroristen einen Unterschlupf bietet. Es wurde die Gleichsetzung gemacht: Terrorbekämpfung heißt, zunächst in Afghanistan und dann in der ganzen Welt, für Herrschaften zu sorgen, die sich das amerikanische Anliegen zu eigen machen und sich für die amerikanische Terrorbekämpfung vor Ort einspannen lassen.

Biden erteilt dieser Verknüpfung nun eine radikale *Absage*: Um den Terror weltweit bekämpfen zu können, müssten die USA *nicht* auf die Gewaltverhältnisse in anderen Ländern Einfluss nehmen. Die USA bekämpfen den Terrorismus, wo immer er sein Haupt erhebt, und dazu sind sie auch in der Lage, ohne dass sie sich dafür stark machen müssten, *in* den Ländern für entsprechende Verhältnisse zu sorgen.

— *Biden verwirft also das Konzept der Terrorbekämpfung von Bush junior: Ein Land, das er als sicheren Hafen für Terroristen definiert, könne über eine wie auch immer demokratisch verfasste Regierung eine Garantie gegen die Fortsetzung antiamerikanischer Umtriebe sein.*

Das Konzept bestand darin, einen Krieg gegen die in Afghanistan herrschenden Taliban zu führen und sie zu entmachten. Dadurch sei automatisch Raum für eine genuin afghanische

demokratische Herrschaft, die es sich zu eigen macht, den Sicherheitsinteressen der USA zu dienen. Ein kühnes Konzept: In Afghanistan hatte sich ja niemand eine andere Herrschaft bestellt.

Mit der Beseitigung der Herrschaft der Taliban wurde demonstriert, dass die USA mit ihrer überlegenen Gewalt jederzeit in der Lage sind, Regime zu beseitigen, die antiamerikanische Umtriebe dulden. Kein Staat der Welt soll es sich leisten können, sich nichtamerikanische Sicherheitsinteressen zu eigen zu machen. In Bezug auf Afghanistan war unterstellt, dass die Beseitigung der alten Herrschaft ganz selbstverständlich identisch mit der Etablierung einer demokratischen Regierung ist, die Land und Leute im Sinne der Amerikaner beherrscht.

— *Das ist die Ausführung des genannten abstrakten Widerspruchs zur Souveränität: Nicht nur an die Adresse Afghanistans, sondern insbesondere auch an den Nachbarstaat Pakistan, aber auch an alle Souveräne in der Welt, war das die Ansage, dass diese Gleichung ab sofort zu gelten hat.*

Als der Afghanistankrieg auf die Tagesordnung gesetzt wurde, war das der Auftakt für die aktuelle Weltkriegsfront gegen den Terrorismus.

— *Die letzten Beiträge machten die Gleichung auf, dass die Etablierung einer Herrschaft, die keine antiamerikanischen Umtriebe gestattet, gleichbedeutend sei damit, dass dort demokratische Prinzipien zu herrschen hätten. Dafür haben sich aber die USA unter Bush gerade nicht zuständig erklärt (vgl. GS 1-02).*

— *Demokratie war das Ideal der amerikanischen Präsidenten zu dem, was stattfand. Die Versammlung, aus der eine afghanische Regierung gebildet werden sollte, bestand aus War-Lords, Clanführern und unterschiedlichen Stämmen, die sich gegeneinander permanent im Bürgerkrieg befanden. Es ist schon absurd, davon auszugehen, aus Bürgerkriegsparteien ließe sich erfolgreich eine Regierung bilden im Sinne der USA.*

„Nation building“, „Demokratie“ und „Menschenrechte“ sind die Titel, unter denen die USA und der Westen in Afghanistan agierten. Den Aufbau einer Herrschaft, die vom Volk anerkannt ist, brachte der Krieg der USA gerade nicht zustande. Im Gegenteil: Sie zerschlugen die Regierung und sie bombardierten, wo immer sie Rückzugsgebiete der Taliban vermuteten. Gleichzeitig beanspruchten sie, dass sich alle Figuren im Land mit ihren jeweiligen Interessen der sogenannten Marionettenregierung unterordnen. Beides, weiter Krieg führen und die Unterordnung aller Interessen und politischen Anliegen im Land unter die von außen eingesetzte Regierung, führte dazu, dass der heftige Bürgerkrieg im Land eskalierte.

Der hohe Aufwand an Truppen und Geld wurde auch betrieben, um eine amerikafreundliche Regierung zu etablieren, die sich eben nicht einfach als Produkt der abschreckenden überlegenen Militärgewalt der USA einstellte. Das ist die *Verlaufsform*, zu der der Widerspruch führte. Der pure Gewalteinsatz gegen die Taliban, den die USA praktizierten, um sie zu zerschlagen, hatte nicht positiv das bezweckte Resultat zur Folge, sondern führte zu den charakterisierten Verlaufsformen des sich darum Kümmerns, eine amerikafreundliche Regierung und deren halbwegs geregelten Zugriff auf das Land, also die Unterordnung der traditionell mächtigen Figuren herbeizuführen. Das als Demokratieexport zu fassen, mag durchaus die Vorstellung eines Bush junior sein, der sich demokratische Verhältnisse als beste Garantie für amerikafreundliches Regieren denkt. Export von Demokratie, Nation building sind aber immer Titel für die Mittel, die Amerika einsetzt, um ihren Zweck zu verfolgen, nämlich Terrorbekämpfung. Wenn überhaupt und was tatsächlich als Staatsaufbau in Afghanistan zustande kommen sollte, hatten die USA vornehmlich den Europäern als deren Job zugewiesen.

— *Bemerkenswert ist, dass aktuell Verhandlungen und Kontakte zwischen den USA und den Taliban stattfinden, die vorgestern noch der Feind Nummer eins in Afghanistan waren. Jetzt sind sie eine zu akzeptierende Kraft, aber immer unter der Prämisse, dass sie keinen antiamerikanischen Terror zulassen. Aus Sicht von Biden ist es offensichtlich zweitrangig, wer in Afghanistan wie regiert. Wichtig ist nur, dass das Land kein Ausgangspunkt für antiamerikanischen Terror ist.*

Biden hat in seiner Rede den früheren Vorstellungen explizit eine Absage erteilt: Um „nation building“ und Demokratieexport kümmern sich die USA nicht. Es geht nur um

Terrorismusbekämpfung und *rückblickend* ist das für ihn schon immer *das* Kriegsziel gewesen. Das ist seine neue Beurteilung dessen, was in Afghanistan los ist und was Amerika da zu suchen hat. Der letzte Schritt ist jetzt der Abzug, der auf jeden Fall nach Zeitplan und ohne irgendwelche Bedingungen stattzufinden hat. In Bezug auf diese Entscheidung muss man auch die Verhandlungen mit den Taliban sehen. Der Hauptpunkt war, dass sie die abziehenden Truppen in Ruhe lassen und dafür sorgen, dass auch andere Islamisten im Land den Abzug nicht für Angriffe ausnutzen. Es wird den Amerikanern schon recht sein, dass die Taliban das als Preis dafür akzeptieren, dass sie irgendeine Form von Unterstützung für ihr Land kriegen. Nicht zutreffend ist aber, dass die USA das als Bedingung für ihren Abzug sehen, als wären die Taliban ein Ersatz der alten Regierung.

— *Schon bei den Gesprächen in Doha zu Zeiten von Trump haben die USA über den Abzug an der afghanischen Regierung vorbei mit den Taliban verhandelt. Da ging es auch darum, dass die Taliban bereit sind, „islamistische Brüder“ von Angriffen abzuhalten und sie auch zu beseitigen, wenn die weiterhin an ihrem Antiamerikanismus festhalten. Biden vollzieht jetzt diese mit den Taliban getroffene Vereinbarung. Die USA unterstützen die Taliban sogar darin, dass sie gegen ihre Absplitterungen vorgehen.*

Biden macht das gar nicht zur Bedingung des Abzugs, sondern nennt ein festes Datum unabhängig davon. Ob die Taliban sich an ihre Zusagen halten oder nicht, sie ziehen auf jeden Fall ab.

Aus dem Abzug zu schließen, bisher hätten die USA die afghanische Regierung als Auftragnehmer behandelt, um antiamerikanische Umtriebe zu bekämpfen und jetzt setzen sie neuerdings auf die Taliban als Helfershelfer, geht insofern in die Irre, als der Ausgangspunkt nicht festgehalten wird: Seitens der USA ist der Vorstellung eine radikale Absage erteilt worden, dass es bei *ihrem* Kampf gegen den Terror in irgendeiner Weise darauf ankäme, was in Afghanistan los ist. Trump hat damit angefangen und Biden hat das jetzt vollendet. Er vertritt nicht den Standpunkt, den Terrorismus vollständig ausrotten zu können. Er geht davon aus, dass es überall auf der Welt irgendwelche Zellen gibt. Aber wegen dieser Terrorzellen fangen die USA keinen Krieg mehr an, um irgendwo ein Regime in ihrem Sinne einzurichten. Die Verknüpfung – um den Terror zu beseitigen, brauchen wir eine amerikafreundliche Regierung in Afghanistan – wird jetzt genau anders herum definiert: Die USA haben es für ihren Antiterrorkampf nicht nötig, sich um Afghanistan irgendwie zu bemühen oder gar einen veritablen Krieg zu führen. Dafür stehen ihnen ganz andere Mittel wie z. B: Drohnen zur Verfügung, die sie überall in der Welt einsetzen können.

In den Staaten, in denen sie auf der Welt aktiv sind, setzen sie sich über die Interessen der dortigen Regierungen hinweg, auch wenn die das als Angriff auf sich begreifen. Genau das haben sie in Doha gegenüber der afghanischen Regierung und den Taliban praktiziert: Die afghanische Regierung ist gar nicht mehr in den Verhandlungen vorgekommen und nichts wurde davon abhängig gemacht, ob die in Zukunft eine gemeinschaftliche Regierung mit den Taliban hinbekommen oder von denen überrannt werden. Auch von den Taliban haben die Amerikaner nichts abhängig gemacht. Sicherlich sind die nach wie vor im Visier der USA und es wird ihnen abverlangt, gegen jeden antiamerikanischen Terror zu kämpfen. Aber davon machen die USA doch nichts mehr abhängig. Selbst bei den Anschlägen am Kabuler Flughafen haben sie unterschieden, dass die Anschläge zwar nicht auf das Konto der Taliban gingen, die Taliban sie aber offensichtlich auch nicht verhindern konnten, weshalb Amerika sich selber darum kümmert und die entsprechenden Stadtviertel bombardiert.

— *Biden drückt das so aus, dass sie die unerbittlichen Militäreinsätze, die in der Vergangenheit stattgefunden haben, durch eine unerbittliche Diplomatie ersetzen. Das ist natürlich keine friedliche Angelegenheit. Wenn die USA darauf hinweisen, dass die Taliban ihre Devisenreserven irgendwann doch auch mal abrufen wollen oder sie auf den IWF oder Entwicklungshilfe verwiesen sind, zeigt sich diese neue Gangart.*

Es ist richtig, dass Bidens Alternative „mit diplomatischen Mitteln“ nicht bedeutet, dass Amerika irgendwelche Ansprüche an den Rest der Welt aufgibt. Ernst zu nehmen ist aber der Ausgangspunkt: Biden hält es für eine Verschwendung von Geld und amerikanischem Leben, wenn amerikanische Truppen irgendwo im Rest der Welt einen Krieg führen. Um

diese Art der Absage geht es. Amerikanisches Militär ist nicht dafür da, sich um geordnete Verhältnisse irgendwo auf der Welt zu kümmern.

— *Terrorbekämpfung können und werden die USA künftig ohne diesen Aufwand betreiben. Wenn Biden in seiner Rede sagt: „Wir führen in mehreren Ländern, in denen wir keine ständige Militärpräsenz haben, wirksame Terrorismusbekämpfungsmissionen gegen terroristische Gruppen durch“, heißt das, sie sind weder davon abhängig noch ist es für sie relevant, was es da für eine Regierung gibt, ob ein Marionettenregime oder die Taliban.*

— *Insofern ist doch die Neuerung, dass die Verknüpfung, „war on terror“ bedeutet, ein Land mit Krieg zu überziehen, jetzt aufgelöst wird nach der Seite, „war on terror“ geht weiter, aber mit anderen Mitteln. Es ist also nicht nur eine Frage der Kosten und des Aufwands, sondern, dass man mit den eigenen überlegenen militärischen Mitteln wie Drohnen und Unterstützung der CIA eine neue Sorte punktuellen Krieg führen kann, wo auch immer in der Welt.*

Sich für eine stabile Herrschaft in Afghanistan einzusetzen hat sich rückblickend – so die amerikanische *Sichtweise* – nicht nur als ungeeignetes Mittel zur Terrorismusbekämpfung, sondern richtiggehend als kontraproduktiv erwiesen: man habe sich in einen endlosen Krieg verstrickt, in dem Amerika gar nicht für sich, sondern für den Aufbau einer afghanischen Nation tätig gewesen sei.

Weil also Biden in einer Militärpräsenz in Afghanistan für die USA überhaupt keinen Sinn mehr sieht, kommt ihm das alles rückblickend als Altruismus vor und zwar auch in dem Sinn, als hätten sie dort eine Region bloß im Interesse und zum Nutzen der Nachbarstaaten stabilisiert, im weiteren Sinn auch noch zum Nutzen Russlands und Chinas, den aktuellen Zielen der strategischen US-Offensiven.

Bereits Obama hatte die Vorstellung von Bush, „nation building“ in Afghanistan zu betreiben, zurückgenommen. Das afghanische Militär sollte zu so etwas wie einer überlegenen Bürgerkriegspartei befähigt werden. Es sollte aber kein großartig funktionierender Staat mehr errichtet werden, damit die USA abziehen können. Trump hat diese Vorstellung von der Schaffung einer „überlegenen Bürgerkriegspartei“ beerdigt und Biden ist ihm in dieser Hinsicht gefolgt.

*

Was ist die Rolle der Verbündeten, wie sind die betroffen?

— *Die Verbündeten waren schon bei den Verhandlungen in Doha 2020 nicht eingebunden und hatten den Deal Trumps und in Folge davon die Entscheidung Bidens, dass es jetzt nur noch um einen Abzug geht, lediglich nur zur Kenntnis zu nehmen.*

Das zeigt, wie die USA ihre imperialistische Rolle aktuell und für die Zukunft bestimmen: Die Verbündeten spielen für die Beschlussfassung keine Rolle. Einwände, die es gegenüber dem bedingungslosen Abzug durchaus gegeben hat, wurden schlicht ignoriert.

— *Maas hat das in dem SPIEGEL-Interview auch moniert. Die deutschen Truppen in Kundus waren schließlich auf die überlegene amerikanische Waffengewalt angewiesen, im Besonderen auf deren Lufthoheit. Die Entscheidung der USA, den Kurs zu ändern und die Truppen abzuziehen, hat Europa und Deutschland vor vollendete Tatsachen gestellt.*

— *Die Botschaft ist da ja nicht nur, dass die Verbündeten bei dem Abzug keine Rolle spielen und mit ihnen keine Rücksprache betroffen wurde. Es geht darüber hinaus um ihre Rolle in Afghanistan. Sie waren zwar im Windschatten der amerikanischen Überlegenheit tätig, aber durchaus mit eigenen Konzepten, mit denen sie begründeten, weswegen sie gerade besonders wichtig wären in dieser Kooperation. Diese Rolle wird nicht nur infrage gestellt, sondern ist mit dem Abzug der Amerikaner mit einem Schlag beendet.*

Das beschreibt die neue Lage für Deutschland, der Sache nach ist das eine Kündigung der imperialistischen Partnerschaft durch die USA.

— *Nicht nur Deutschland, auch Großbritannien und Frankreich sind als „zur Mitbestimmung berechtigte“ NATO-Partner von den USA abgekanzelt worden. Die EU-Staaten hatten sich ja gerade mit dem Wechsel von Trump auf Biden erhofft, dass ihnen wieder eine „weltpolitische Verantwortung“ zuwächst und die alten Verhältnisse unter Obama für sie wieder gültig würden. Über diese Art von Nichtberücksichtigung und*

Herabstufung ihrer Rolle in Afghanistan und in der NATO sind sie desillusioniert.

Das zeigte sich auch bei der Evakuierung in Kabul. Hier handelten die Amerikaner nach ihrem Zeitplan und brachten vorrangig ihre Leute in Sicherheit. Was das für ihre Verbündeten bedeutete, die darauf angewiesen waren, dass Amerika den Flughafen hielt, sahen sie nicht als ihre Angelegenheit.

— *Aus dieser Kündigung der imperialistischen Partnerschaft seitens der USA zieht Maas die Konsequenz, dass Deutschland zusammen mit der EU in Zukunft mehr eigene Verantwortung übernehmen muss, wozu auch gehöre, eine EU-Eingreiftruppe aufzustellen.*

Das ist ja das erste, worauf er in dem Interview Wert gelegt hat: Was in Afghanistan für Fehler passiert sind, ist im Prinzip alles zweitrangig, was aber daraus auf gar keinen Fall folgen darf, ist, dass Deutschland sich zurücknimmt in der imperialistischen Rolle, die es in der Welt spielen will. Das ist mit „Verantwortung übernehmen“ gemeint: ein höherer Auftrag für alle bedeutenden Mächte. Weltpolitische Zurückhaltung darf aus der Debatte über Afghanistan auf gar keinen Fall folgen.

— *Maas betonte, dass Deutschland mit seiner speziellen europäisch-deutschen Mission in Afghanistan nicht gescheitert sei. Deutschland habe dafür gesorgt, dass die Menschenrechte eingehalten wurden, dass die Grundrechte gewahrt blieben, dass Kinder und Frauen Bildung bekommen haben und dass es ruhige gesicherte Verhältnisse gab. Deutschland sei seiner Verantwortung in Afghanistan gerecht geworden.*

Das sind die schönfärberischen Titel zu dem, worum es in der Sache geht, dazu später.

Zunächst zieht Maas in dem SPIEGEL-Interview (S. 28, mittlere Spalte) eine Bilanz, in der er den Afghanistan-Einsatz von vorneherein und auch mit Blick auf die Zukunft als gemeinsame NATO-Angelegenheit definiert. Wenn er über die Verantwortung Deutschlands in der Welt redet, thematisiert er die Aufgaben der NATO. Wenn er diese Gleichsetzung macht angesichts der ungunstigen Lage, in die Amerika Deutschland mit der Kündigung der imperialistischen Partnerschaft gebracht hat, lässt er diese Kündigung gerade nicht gelten.

Maas hält fest, dass die NATO-Aktion der Bekämpfung der Urheber von 9/11 diene, also sicherstellen sollte, dass von afghanischem Boden aus keine terroristischen Anschläge mehr verübt werden. Und dann: „Als dies erreicht war, ging der Einsatz trotzdem weiter.“ Hier geht es ihm darum, dass die NATO „Verantwortung in der Welt“ übernimmt. Er hält den Einsatz weiterhin für richtig, macht aber eine Verlängerung: Dass das am Ende so schiefgegangen ist, die NATO sich Unerreichbares vorgenommen hat – so etwas wie „nation building“ – läge daran, dass die Aktionen der NATO immer von den USA vorgegeben werden. Als Konsequenz aus der von den Amerikanern geschaffenen Lage reklamiert er, diese dürften nicht das allein entscheidende Subjekt in der NATO sein.

— *Maas hat dafür die Formulierung „die NATO muss politischer werden“, das ist die Forderung nach einer gewissen Emanzipation der Partner im Rahmen des Bündnisses und nach mehr Mitspracherecht. Unter Umständen sogar ein Entscheidungsrecht ohne Bewilligung Amerikas. Maas wirft die Frage auf, ob die NATO überall für Frieden und für Einhaltung der Menschenrechte sorgen und die demokratische Staatsform exportieren soll. Und er beantwortet sie mit: Es kommt darauf an. Jedenfalls will er nicht ausschließen, dass die NATO sich dieses Ziel weiterhin setzt, wo Biden eben das für die Zukunft ausschließt.*

Maas nimmt in seiner Bilanz eine Verwandlung der Sache vor. Als ob die NATO von Anfang an das Subjekt des Einsatzes gewesen sei und daher die daraus zu ziehenden Lehren die NATO beträfen. Er streicht durch, dass die beteiligten Subjekte um die Bestimmung konkurrierten, was in Afghanistan angezettelt wurde und was daraus folgt. Er streicht durch, dass nicht die NATO als einheitliches Organ, sondern die USA diesen Weltkrieg gegen den Terror auf die Tagesordnung gesetzt haben. Die NATO-Partner haben das als Bündnisfall akzeptiert und sich eingereiht, auch wenn sie zwischendurch Wert darauf gelegt haben, als mitbestimmende Subjekte mit erkennbar eigener Rolle vorzukommen. Maas fordert, dass Amerika sich im Rahmen der NATO auf mitbestimmende Subjekte wie Deutschland einlässt, angesichts dessen, dass die USA doch gerade dieses Verhältnis gekündigt haben.

— *Maas legt Wert auf die Eigenständigkeit Deutschlands und der EU innerhalb der NATO, eigene Ziele zu formulieren. Obwohl die USA die Bündnispartnerschaft an der Stelle*

gekündigt haben, hält er an der NATO fest und der harte Kern davon ist, dass Deutschland und die EU militärisch überhaupt nicht vergleichbar sind mit der Weltmacht Nummer 1. Das sind die zwei Seiten: versuchte Emanzipation und zugleich Angewiesensein auf die Kampfkraft der USA.

Andererseits ist es ihm klar, dass er eine Machtfrage verhandelt, wenn er als Konsequenz fordert, „den europäischen Pfeiler in der NATO stärken“. Das heißt ja, man muss selber über mehr militärische Mittel verfügen, um eine größere Rolle zu spielen.

— Dass die Amis sich zunehmend unabhängig machen von den Europäern – wie das Beispiel Afghanistan und der Rüstungsdeal mit Australien zeigt – ist ja eine ewige Klage der Europäer. Aber zeichnen sich da entsprechende Maßnahmen ab? Sie stehen ja weiter vor dem Dilemma, dass sie von den Amerikanern abhängig sind und sich davon befreien wollen, dies aber nicht schaffen. Das liegt auch daran, dass die Europäer untereinander uneins sind.

— So einfach geht das eben nicht. Die Europäer haben ihre Empörung nochmal hochgefahren angesichts der Affäre mit Australien. Das erhöht ihren Handlungsbedarf und die Suche nach Alternativen. Die Abhängigkeit von den USA als stärkster Militärmacht in der NATO werden sie erst mal nicht los. Das ist mehr als eine Klage. Sie suchen nach Mitteln und das allererste ist Aufrüstung. Im Wahlkampf war schon von bewaffneten Drohnen die Rede.

Diese Art Besprechung geht zu weit weg vom Thema und ist zu allgemein. Beim Afghanistan-Einsatz hat sich für die Europäer nicht das Problem gestellt, die Abhängigkeit von den USA loszuwerden. Dort ist ihnen vorgeführt worden, inwieweit und in welcher Weise sie auf das amerikanische Gewaltpotential angewiesen waren. Das war die *Grundlage* ihres politischen Agierens in Afghanistan, die wurde ihnen mit dem Beschluss der USA abzuziehen entzogen. Das wirft für sie nicht bloß die Frage auf, wie sie sich zukünftig zu Amerika stellen wollen, sondern auch, wie zukünftig ihre Position in Afghanistan zu bestimmen ist, über welche Mittel sie da überhaupt noch verfügen. Zur Klage darüber, dass die USA sie nicht konsultiert haben, kommt jene hinzu, jetzt für ihre Einmischung in die dortigen Verhältnisse mit eigentlich untergeordneten Mächten wie Katar oder gar den Taliban verhandeln zu müssen.

— Die jetzt geführte Debatte ist aber doch grundsätzlicherer Art und nicht nur bezogen auf die Lage in Afghanistan. Dort stellen sie fest und in eine Reihe – Afghanistan und Australien –, dass die „Autonomie“ ihres politischen Handelns nicht gegeben ist, dass sie auf Amerika an allen Ecken und Enden angewiesen sind.

Natürlich werden seitens der Politik diese grundsätzlichen Fragen aufgeworfen: In welchem Verhältnis zu den USA, zur NATO stehen wir, welche Rolle spielen wir dort? Wie kommen wir vor beim Bündnis der Amerikaner mit den Australiern? Aber an welcher Sachlage arbeiten sie sich ganz konkret ab im Fall von Afghanistan, welches Problem wollen sie anders geregelt haben? Natürlich geht es nicht nur darum, dass sie in Afghanistan beim Schutz ihres abziehenden Personals auf Amerika angewiesen waren. Mit dem US-Truppenabzug wurde überhaupt ihrer ganzen Rolle dort, ihren Einflussmöglichkeiten, ihrer Art, dort Politik zu machen, die Grundlage entzogen. Weil Afghanistan ein NATO-Fall war, waren alle anderen, auch wichtigen Mächte außerhalb der NATO außen vor. Jetzt sind die Europäer damit konfrontiert, dass auch diese Staaten eine Rolle spielen und obendrein Russland und China sich möglicherweise in Afghanistan betätigen. Daran arbeiten sie sich ab und daraus ziehen sie den *Schluss*, dass grundsätzliche Überlegungen anstehen, wie sie in der Welt dastehen und was sie zukünftig an Aufrüstung, Gemeinsamkeit in der EU oder neuen Bündnissen brauchen.

Die Europäer stellen fest, dass sich solche Fälle häufen und sich die für sie daraus ergebenden grundlegenden Probleme als immer dringlicher erweisen. Das sind lauter Fälle, die das gleiche imperialistische Dilemma Deutschlands beleuchten. Aber aus dem Einzelfall folgt in der Regel nichts Grundsätzliches, sondern es ist ein Fall für das Grundsätzliche.

— Maas beschwert sich in dem Interview, dass Biden für den Abzug keine Bedingungen gesetzt hat, obwohl die Verbündeten dies gefordert haben. Maas bedauert, dass die imperialistische Erpressungsmacht leichtfertig preisgegeben wurde. Stattdessen müssen sie

im Schlepptau der Amis abziehen.

— *Die Aufkündigung der imperialistischen Partnerschaft durch die USA bedeutet für die westlichen Verbündeten eine Degradierung. Wenn jetzt Deutschland oder andere EU-Staaten z.B. mit Katar oder mit der Türkei über die Sicherheitslage auf dem Kabuler Flughafen, oder mit dem Iran über die Aufnahme von Flüchtlingen verhandeln wollen, erfolgt das auf der Basis von bilateralen Vereinbarungen. Das können sie jetzt nicht mehr mit der USA und der vereinten Militärmacht der NATO im Rücken tun.*

Hier muss man zwei Dinge auseinanderhalten. Das eine ist die objektive Lage: Deutschland hat es nun mit neuen Akteuren zu tun hat, nämlich Katar, Türkei, die Anrainerstaaten. Die spielten bislang keine Rolle, weil Afghanistan das Kampfgebiet einer gemeinschaftlichen NATO-Aktion war und mit überlegener NATO-Gewalt alle anderen Interessenten in ihre Schranken verwiesen wurden. Das andere ist die beleidigte *Klage* der Deutschen, sich jetzt mit Staaten ins Benehmen setzen zu müssen, denen gegenüber sie den Anspruch auf Unterordnung erheben.

Maas zieht im SPIEGEL-Interview (S. 30, letzte Spalte) noch eine andere, nämlich moralische Bilanz des Afghanistan-Einsatzes, in Gestalt der Titel, die immer schon zur Rechtfertigung des Einsatzes aufgetischt worden sind (Menschenrechte, Frauenrechte, Schulbildung, Kindersterblichkeit ...). Er listet auf, was Deutschland dort alles geleistet hat. Er lobt das hohe Verdienst der deutschen Soldaten und betont, dass sie dafür jede Menge Anerkennung verdienen. Diese Bilanz ist erklärungsbedürftig.

— *Während Biden darauf pocht, dass jede Form von Kriegshandlungen in Afghanistan oder auch humanitäre Aktionen für die USA nicht mehr in Frage kommen, betont Maas, dass Deutschlands Aufgabe und Verantwortung in der Welt darin besteht, die Afghanen mit Straßen und Schulen usw. zu versorgen und sie vor den Taliban zu retten.*

Diese sozialen Maßnahmen so mit dem besonderen deutschen Weg zu identifizieren, ist nicht richtig. Man muss unterscheiden, was die Sache der Politik ist und wie es vorgetragen und beschönigend besprochen wird. Die Deutschen haben auf ihrer eigenständigen und besonderen Rolle in Afghanistan beharrt. Mit den militärischen Beiträgen in Afghanistan haben sie sich zurückgehalten und Wert auf die sog. Aufbauhilfe, Ausbildung von Soldaten und Etablierung einer irgendwie demokratischen Regierung gelegt. Diese Seite des zivilen Aufbaus haben sie sich zugutegehalten. Das ist etwas anderes als das, was vorher beschworen wurde, die Deutschen hätten für bessere Verhältnisse in Afghanistan gesorgt und die Soldaten wären dazu da, damit Krankenhäuser und Schulen gebaut werden können. Die Berufung darauf ist die Überhöhung der eigenen Interessen in Afghanistan in ein menschenfreundliches Programm. Das wird beschworen als Legitimation und als Rechtfertigung auch für zukünftige Politik in Afghanistan. Deswegen müssten sich die Deutschen auch weiterhin in Afghanistan einmischen und Forderungen an die Taliban stellen.

Diese rückblickende Beschönigung dient der Beglaubigung, dass Deutschland dazu berufen ist, weiterhin entsprechende imperialistische Aktivitäten zu unternehmen. Das endet mit der Behauptung, dass bewaffnete Soldaten die Grundlage für den Bau von Straßen, Krankenhäuser und Schulen in Afghanistan waren. Soll heißen: Deutsche Soldaten können solche Erfolge verbuchen und daher mit gutem Gewissen in neue Einsätze geschickt werden.

— *Fischer hatte noch davon gesprochen, dass unsere Freiheit und Sicherheit am Hindukusch verteidigt wird, also eine weltpolitische Frage ist. Von der Begründung will man ja jetzt gar nichts mehr wissen. Was ist der Grund dafür?*

Da argumentieren die Deutschen genauso wie Biden. Auch sie sagen, der eigentliche Auftrag war Terrorismusbekämpfung in Afghanistan. Dass man sich jahrzehntelang in einen Krieg hat „verstricken lassen“, wird jetzt rückblickend als „da hat man sich zu viel vorgenommen“ besprochen. Sie teilen es auf in: Terrorismusbekämpfung war gut, aber bei der Aufbauhilfe hat man sich zu viel vorgenommen. Diese Begründung ist an die Stelle von „wir müssen unsere Freiheit am Hindukusch verteidigen“ getreten.

— *Wenn sie „Freiheit und Sicherheit“ sagen, dann betonen sie die militärische und strategische Seite. Das ging damals in die Richtung von Bush. Sie sorgen für demokratische Verhältnisse und darüber lernen die Afghanen die Freiheit kennen und unterwerfen sich*

nicht mehr dem Terrorregime der Taliban.

Dieser Spruch vom „Hindukusch“ ist anders zu verstehen. Mit der Parole wurde damals in Deutschland dafür geworben, dass man den Einsatz in Afghanistan nicht einfach als eine Aufforderung der Amis nehmen soll, jetzt Soldaten nach Afghanistan zu schicken, sondern dass es im ureigenen Interesse Deutschlands liegt, sich am Krieg in Afghanistan zu beteiligen. Damals war die oberste Weltordnungsfrage der Kampf gegen den Terrorismus. Und da musste eine zum Mitordnen ambitionierte Macht dabei sein.

*

— Zum großen Aufheben um die Ortskräfte: Je nach Standpunkt heißen „Ortskräfte“ auch mal „Kollaborateure“. Das sind die hier ja grade nicht. Wenn jetzt möglichst alle nach Deutschland ausgeflogen werden sollen, ist das erstens ein Beleg dafür, dass Deutschland in einer humanitären Aktion unterwegs war und Deutschland zweitens auch Verantwortung übernimmt und diese Leute nicht im Stich lässt.

Vor der Evakuierung hat es den Streit darum gegeben, wer überhaupt als Material für diese moralische Beweihräucherung der eigenen Politik in Frage kommt. Erst mit Erfolg der Taliban ist es überhaupt zum veritablen Gegenstand geworden, so viele wie möglich vor den Bösen zu retten und damit unter Beweis zu stellen, dass man auf der Seite der Guten ist.

— Sowohl von Seiten der Europäer als auch der Amerikaner gab es wohl den Beschluss, die Ortskräfte trotz Abzug in Afghanistan zu belassen. Es heißt, das hätten sie auf Wunsch der afghanischen Regierung, also ganz selbstlos, gemacht. Das war auch der Beschluss, der afghanischen Regierung mit den Ortskräften „den Rücken zu stärken“. In der Öffentlichkeit wurde ja so getan, als wären sie in diese Lage „geraten“, weil sie damit rechneten, dass die afghanische Regierung noch eine Weile bestehen bleibt und sie so geordnet abziehen könnten.

Maas sagt dazu in dem Interview (S. 29, rechte Spalte): „Die Regierung Ghani befürchtete infolge der Bilder einen Massenexodus und einen Zusammenbruch der staatlichen Strukturen und der Streitkräfte“.

— Sowohl die USA als auch die Europäer haben damit gerechnet, dass die afghanische Regierung sich noch 2-3 Monate oder maximal ein Jahr lang hält – also letztendlich nicht hält.

Was ist dann die Funktion der Ortskräfte in diesem Streit? Die Befürchtung der afghanischen Regierung war, dass der Abzug der Ortskräfte signalisiere, Afghanistan sei verloren. Die afghanische Regierung wollte so ein Signal vermeiden. Sie befürchtete, dass dies auf ihre eigene Instabilität verweist.

— Das bezieht sich auf den Zeitpunkt kurz nach Ostern. Da war bereits bekannt, dass der Abzug stattfinden wird. Da sollte ein Massenexodus von Afghanen verhindert werden, die damit gerechnet haben, dass die Taliban nun die entscheidende Macht in der Nation sind. Dieser Massenexodus hätte zum Kollaps dieser Marionettenregierung geführt. Insofern ist das hinausgezögert worden bis zum August.

— Das erscheint fragwürdig angesichts dessen, dass die afghanische Regierung sich kampfflos den Taliban ergeben hat, kaum dass die Amis weg waren. Die afghanischen Kampftruppen hatten gar nicht vor, den Bürgerkrieg mit den Taliban fortzuführen, waren also selber nicht an der Aufrechterhaltung ihres Regimes interessiert.

— Im Gegensatz zu der Darstellung von Biden und der hiesigen Presse gab es über mehrere Wochen Kämpfe in den verschiedenen Provinzen, die Taliban waren allerdings sofort in der Übermacht. Dadurch sind ihnen die Waffen in die Hand gefallen, sie haben Polizei und Militär zum Seitenwechsel gezwungen, so dass alles schnell in sich zusammenfiel. Das Ende war, dass Ghani abgehauen ist.

Ob sie schnell oder langsam verloren haben oder ob und wie viel sie nun tatsächlich gekämpft haben, klärt es nicht. Falsch ist die Aussage, die *wollten* gar nicht gegen die Taliban kämpfen. Ins Haus stand, dass mit dem Abzug der internationalen Truppen der *wesentliche* Rückhalt der amtierenden Regierung verloren geht. Damit ist die Machtauseinandersetzung eröffnet, wer zukünftig welche Positionen innerhalb Afghanistans einnimmt und wer in der Lage ist, sich gegen wen durchzusetzen. Bezogen auf diese

anstehende Auseinandersetzung, die bevorstehende Konkurrenz um die Eroberung oder den Erhalt der Macht in Afghanistan hat die amtierende Regierung gesagt, sie möchte das Bild vermeiden, dass sie bereits verloren hat und alle das Land verlassen müssen, die sich von den Taliban gefährdet sehen. Das war ein Moment ihrer Konkurrenz um die Macht. Schließlich sind alle davon ausgegangen, dass – sobald die internationalen Truppen weg sind – der Bürgerkrieg wieder eskaliert und nicht einfach auf der einen Seite die Taliban stehen und auf der anderen Seite die Regierung. Die Regierung war ja selbst ein zerstrittener Haufen.

— *Der Krieg in Afghanistan ist aber doch einer, der durch die Amerikaner rein getragen wurde und kein Bürgerkrieg, der aus Afghanistan heraus entstanden ist. Als sich das Kräfteverhältnis nach dem Abzug der Amerikaner zugunsten der Taliban verschoben hat, wollte die afghanische Regierung diesen Krieg nicht führen, weil er nicht der Ihre gewesen ist.*

Der Ausgangspunkt ist umgekehrt: Diese Regierung hat ihre *Grundlage* in der auswärtigen Unterstützung gehabt und war nur deswegen an der Macht. Deswegen war so klar, dass es im Land überhaupt kein gemeinsames nationales Interesse oder politisches Programm gibt, für das die Afghanen die Regierung unterstützen sollten. Deswegen war klar, dass in dem Moment, in dem die von außen eingesetzte und gesponserte Regierung ihren äußeren Rückhalt verliert, das eine neue Lage für alle um die Macht konkurrierenden Fraktionen ist und die Frage aufwirft, wem sortieren sie sich wie zu. Dazu gehört auch das afghanische Militär. Das war ja kein zu dieser Regierung und einem bestimmten nationalen Zweck loyales Militär.

*

Dass die Deutschen unbedingt möglichst viele Ortskräfte rausholen wollen, ist auch ein Gerücht. Aber was ist mit den im SPIEGEL-Interview von Maas problematisierten Flüchtlingen?

— *Wegen denen reiste Maas mit viel Geld von Usbekistan über Kirgisistan usw. und versuchte zu verhandeln, wie er die afghanischen Flüchtlinge dort unterbringt, damit sie nicht nach Deutschland kommen.*

Das Fernhalten von Deutschland drückt er schön moralisch als Dienst an den Flüchtlingen aus: Er wolle „die Nachbarstaaten Afghanistans dabei unterstützen, mit den Flüchtlingen gut umzugehen“.

— *Dazu gehört auch das Angebot an bestimmte Ortskräfte in Afghanistan, ihnen ein Jahresgehalt zu zahlen, wenn sie dort bleiben. Einerseits, um sie nicht nach Deutschland zu lassen. Andererseits verfügen sie dann weiterhin über Agitatoren im Land, die sich für westliche Demokratien einsetzen.*

Das geht nicht automatisch in eins. Aber bemerken kann man an all diesen Umgangsweisen die zynische Sortierung der Leute dort. Zum einen die „Ortskräfte“, das waren die Hilfskräfte für die deutschen Truppen. Denen kann man nicht absprechen, dass sie sich als Übersetzer und Lastwagenfahrer für Deutschland verdient gemacht haben, aber das sind keine Propagandisten. Da wird überlegt, wer mit wie viel Familie ausreisen darf. Zum anderen die Gruppe der „Flüchtlinge“: Die muss man möglichst ortsnah in den Nachbarländern unterbringen. Und dann gibt es noch ausgewählte „Menschenrechts-“ und „Frauenaktivisten“ oder „Bestandteile der Zivilgesellschaft“. Die werden mit der ehrenvollen Aufgabe bedacht, in Afghanistan zu bleiben und Propaganda für die guten westlichen Absichten zu machen.

*

Der nächste Termin findet am **25. Oktober 2021** statt, das Thema wird auf der Website des GegenStandpunkt-Verlags bekannt gegeben (voraussichtlich der Artikel über den Bitcoin im GS 3-21).